

Widersprechen!

Die AfD und ihr rechtsextremes Umfeld versuchen bei den Betriebsratswahlen Fuß zu fassen

In diesem Frühjahr finden die Betriebsratswahlen statt. In der *Süddeutschen Zeitung* wurde über einige aufsehenerregende Ereignisse berichtet. So erlang ein sogenanntes „Zentrum Automobil“ e.V. im Daimler-Werk Untertürkheim dreizehn Prozent der Stimmen, am BMW-Standort in Leipzig elf Prozent. Auch in anderen Betrieben und Städten können die rechten Aktivisten Erfolge vorweisen. „Der Jenaer Gewerkschaftsforscher Klaus Dörre bezeichnet das 'Zentrum Automobil' als 'fest verankert in der militanten, äußersten rechten Neonazi-Szene, im Umfeld von 'Blood&Honour'...“ (S.2) Mit Oliver Hilburger, Betriebsrat in Untertürkheim, wird eine neue zentrale Führungsfigur aufgebaut. Er „hat eine einschlägige Vergangenheit in der Neonazi-Szene: Er war Mitglied der rechtsradikalen Band 'Noie Werte', und im November 2017 wurde er vom baden-württembergischen NSU-Untersuchungsausschuss über Kontakte zu Unterstützern der Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund befragt. Er distanziert sich einerseits von den Taten des NSU, tritt aber auf Veranstaltungen der fremdenfeindlichen Pegida als Redner auf ...“ (19.3.2018) Stolz weist „einprozent.de“ (siehe unten) mit einem Link ihrer Homepage auf die Rede dieses neuen Führers auf einer Pegida-Demonstration hin.

Die Hinterfrauen und -männer

Zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen und Unterstützung rechter Aktivist_innen trat die

vom Institut für Staatspolitik (Kubitschek, vgl. hlz 1-2/2017, S. 41 f), von der sogenannten „Identitären Bewegung“ und der Zeitschrift „seztion“ unterstützte Homepage „einprozent.de“ mit der Kampagne „Werde Betriebsrat“ auf den Plan. „Daimler-Kollege Oliver Hilburger“, so schrieben die Betreiber der Homepage, hätte eine „neuartige Arbeitnehmervertretung“ ins Leben gerufen, „mit klarer Ausrichtung gegen das Establishment“. „Ein Prozent“ wäre es gelungen, dieses neue Konzept auf einer COMPACT-Konferenz zu „präsentieren“. Diese C-Konferenz wurde von der gleichnamigen Zeitschrift des Kubitschek-Vertrauten Elsässer organisiert. Einer darf natürlich nicht fehlen: Björn Höcke, Beruf Lehrer: „Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp.“ Der „Stern“ (12.12.2015) zitierte diese Passage der Rede Höckes, die dokumentiert ist in einem ARD-Panorama-Mitschnitt – „Afrikarede“ –, gehalten im Institut für Staatspolitik. Ganz im Geiste dieser Ausführungen zitiert ihn „einprozent.de“: „Der patriotischen und sozialen Rechten kann eine gute Wende für unser Land nur dann gelingen, wenn wir in einer fundamentaloppositionellen Widerstandsbewegung alle Volksschichten mitnehmen und uns nicht untereinander aufreiben.“ Da können sich die Organisatoren des COMPACT-Kongresses die Hände reiben: Höcke bleibt der Idee der Volksgemeinschaft verhaftet.

Feindbild: Linksorientierte Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter

„Wenn linke Betriebsräte im Hintergrund die Fäden ziehen und anständige Patrioten wegen einer kritischen Meinung gekündigt werden, müssen wir selbst aktiv werden ... Patriotische Betriebsräte können andere Patrioten am Arbeitsplatz schützen.“ Man wolle aus dem „etablierten Kartell aussteigen“. Der „Verrat an Arbeitern und Angestellten“ werde sich „bitter rächen“. Die Sprache der Nationalsozialisten nachahmend, die Bonzen seien Schuld, fordert „einprozent.de“, diesen „roten Gewerkschaftsbonzen“ entgegenzutreten: „Machen wir gemeinsam Druck auf jene, die ihre werktätigen Kollegen für eigene Vorteile und Boni längst vergessen, gar verkauft haben.“ Um diese „Argumentation“ zu bekräftigen, wird das Gerücht verbreitet, dem „Zentrum Automobil“ sei in einer Wahlkabine Schaden zugefügt worden: „Der Verdacht, dass hier vonseiten der DGB-Gewerkschaften Wahlmanipulation betrieben wurde, liegt nahe. (...) Anstatt für das Wohl der Arbeiterschaft zu wirken, regieren Vetternwirtschaft und Egoismus. Der Geist der Arbeiterbewegung musste längst einer linksliberalen Politagenda weichen. Die Gewerkschaften sind zum Erfüllungsgehilfen des Kapitalismus und Steigbügelhalter des Neoliberalismus geworden.“ „Die großen Metallgewerkschaften und der DGB“ „pressten“ ihre Mitgliedsbeiträge ab und „verfeuert“ sie „auf politischen Demonstrationen – natürlich 'im Kampf gegen Rechts'.

(...)“ „Gut bezahlte Funktionäre der IG Metall“ hätten „mit blutiger Tinte“ einer weiteren Senkung der Reallöhne in den nächsten vier Jahren zugestimmt. Die todsichere Alternative in diesem „neurechten Widerstandsmosaik“ könne nur die neue „Gewerkschaft“ sein. Und sie jubeln: „Der erste große Stein ist jetzt aus der Mauer gebrochen“.

Und wie selbstverständlich wird der Schulterschluss mit AfD, Pegida und Co. vollzogen: „Jeder von uns hat mittlerweile einen Freund oder Bekannten, der seine Arbeitsstelle aus politischen Gründen verlor. Es trifft immer die kleinen Leute, deren Existenz vernichtet wird, weil sie vielleicht jeden Montag zu Pegida gehen, offen die Alternative für Deutschland (AfD) unterstützen oder einfach nur mit dem Kollegen in der Pause über politische Probleme reden.“ Die Stoßrichtung wird deutlich formuliert: „Am Arbeitsplatz wachen linke Betriebsräte und Gedankenpolizisten über jedes kritische Wort. Es wird dokumentiert, befragt und schlussendlich auch gerne fristlos gekündigt.“ Und: „Die großen Gewerkschaften haben den Boden des Grundgesetzes längst verlassen. (...) Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) kuschelt offen mit politischen Terroristen“. Ein Leser der Zeitschrift „sezession“ kommentierte einen Artikel dieses Blattes über die „Werde-Betriebsrat-Kampagne“ mit den Worten: „Gleichschaltung der Gewerkschaften und der Medien, die Maas'schen Recht- und Richterlosen Stand-Gerichte bei Facebook. (Türkische oder arabische Einlassungen aber werden nicht zensiert.), die Antifa-SA-Schlägertrupps. Das volle Programm, es läuft wieder! Was einst die Juden waren, das sind heute die Rechten und die AfD. Da läuft die Pogrom-Masche Marke Gutmensch. Und überall in der Lügenpresse und Politik wird wie im Rausch für die Hetz-

jagd geworben. (...)“ Wir müssen uns auf einiges einstellen.

„Bürgerliche“ Hilfstruppen?

Am Donnerstag, den 15.3.2018 erschien eine „Gemeinsame Erklärung 2018“, initiiert von Vera Lengsfeld (<http://vera-lengsfeld.de/tag/gemeinsame-erklaerung-2018/>), mit folgendem kurzen Text: „Mit wachsendem Befremden beobachten wir, wie Deutschland durch die illegale Masseneinwanderung beschädigt wird. Wir solidarisieren uns mit denjenigen, die friedlich dafür demonstrieren, dass die rechtsstaatliche Ordnung an den Grenzen unseres Landes wiederhergestellt wird.“

Wer unterschrieb diesen Aufruf? „Bürgerliche“? Frau Lengsfeld zählte nach ihrer DDR-Oppositions-Rolle auch schon einmal zu den grünen Parteigänger_innen – als politische Übergangsheimat ... Ein Uwe Tellkamp scheint mit seinem Namen dafür zu bürgen. Bei einigen Erstunterzeichner_innen wird die Sache schon heikler: Henryk M. Broder, Dr. Thilo Sarrazin, Dr. Karlheinz „Weissmann“, Dieter Stein.

Weißmann verließ auf Grund politischer/persönlicher Differenzen, die er mit Kubitschek („die dauernden Alleingänge“, „seine notorische Unzuverlässigkeit“) ausfocht, das Institut für Staatspolitik 2014, vorher schon schied er aus der Zeitschrift „sezession“ aus, wie er in einem Interview in der rechten „Jungen Freiheit“ ausführte. Dieter Stein ist Chefredakteur der Zeitschrift „Junge Freiheit“.

Die Zeitschrift „sezession“ munkelt, die Ehefrau von Kubitschek, Ellen Kositzka, sei wieder aus der Liste der Erstunterzeichner_innen gestrichen worden. Wer das veranlasst habe, wisse man, wolle es aber nicht verraten.

Nun steht der oben abgedruckte Text auf den ersten Blick in keiner Beziehung zur

„Werde-Betriebsrat-Kampagne“ von „einprozent.de/sezession/Kubitschek/Institut für Staatspolitik“. Interessant ist aber, dass die Aussage, an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland herrsche keine rechtsstaatliche Ordnung bei der Einreise vieler Flüchtlinge, zentraler Ausgangspunkt einer Kampagne war, die vom nämlichen Institut für Staatspolitik formuliert wurde, das aktuell massiv in das Werben um rechte Betriebsräte eingestiegen ist. Das Institut und Kubitschek verbreiteten zu Hochzeiten des Flüchtlingsdramas ein Gutachten eines gewissen Waldstein. Wir schrieben dazu in der hlz 1-2/2017, S. 41 f. „Sie sind an den Rechtsanwalt Dr. Thor v. Waldstein mit der 'Bitte herantreten', die Frage zu erörtern, ob es für die Deutschen in der jetzigen Situation ein Recht auf Widerstand geben könnte. Denn dieses Recht sei für alle Deutschen nach Art.20, Abs. 4 des Grundgesetzes verbrieft. Waldstein stellt in seinem 'Memorandum' fest: Es könne angesichts der Duldung des 'rechtswidrigen Grenzübertretts ‚illegaler Migranten‘... aus staatsrechtlicher Sicht wenig Zweifel daran bestehen, daß es sich um einen vorsätzlichen Staatsstreich der Regierung gegen das Volk, einen Putsch von oben handelt.“ Und dieser Waldstein, Autor von „sezession“, wird als „ehemaliger NPD-Aktivist“ bezeichnet. Mit Oliver Hilburger entdecken sie nun einen weiteren Protagonisten mit einschlägigen Verbindungen in eine anrüchig rechte Szene (siehe oben).

„sezession“/Institut/Kubitschek/AfD/Pegida „kämpfen“ an verschiedenen Fronten. Und Tellkamp macht munter mit. Unsere Gewerkschaften werden zukünftig viel zu tun haben.

WOLFGANG SVENSSON
hlz-Redaktion